

AMTSBLATT

der Stadt Rhede

Herausgeber: Der Bürgermeister der Stadt Rhede

6. Jahrgang

Ausgabe 24/2009

Rhede, 23.12.2009

Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Rhede, die durch Rechtsvorschrift vorgeschrieben sind, werden im „Amtsblatt der Stadt Rhede“ vollzogen. Das Amtsblatt erscheint bei Bedarf. Auf sein Erscheinen soll jeweils in der Tageszeitung Bocholter-Borkener Volksblatt hingewiesen werden. (§ 16 Abs. 1 der Hauptsatzung der Stadt Rhede)

- Das Amtsblatt liegt im Rathaus (u.a. im Bürgerbüro) sowie in allen Geschäftsstellen der örtlichen Banken und Sparkassen zur kostenlosen Mitnahme aus.
- Einzellieferung oder Dauerbezug erfolgen kostenlos durch die Stadtverwaltung Rhede - Ratsbüro -, Rathausplatz 9, 46414 Rhede, Tel. 02872/930-0, E-Mail: info@rhede.de
- Im Internet steht das Amtsblatt unter www.rhede.de zur Verfügung. Dort besteht auch die Möglichkeit, den kostenlosen E-Mail-Newsletter zu bestellen, mit dem der Abonnent auf neu erschienene Amtsblätter automatisch hingewiesen wird.

Datum	Inhalt	Seite
17.12.2009	Aufstellungsbeschluss über die 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes „Rhede G 9, II. Planquartier“ (Bereich Robert-Bosch-Straße/Otto-Hahn-Straße in Rhede) und Beschluss über die öffentliche Auslegung des Entwurfes der 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes „Rhede G 9, II. Planquartier“	3
17.12.2009	Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses über die Änderung des Bebauungsplanes "Rhede B 1, 5. Änderung" (Bereich Nordstraße in Rhede) im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB	6

weitere Inhalte s. S. 2

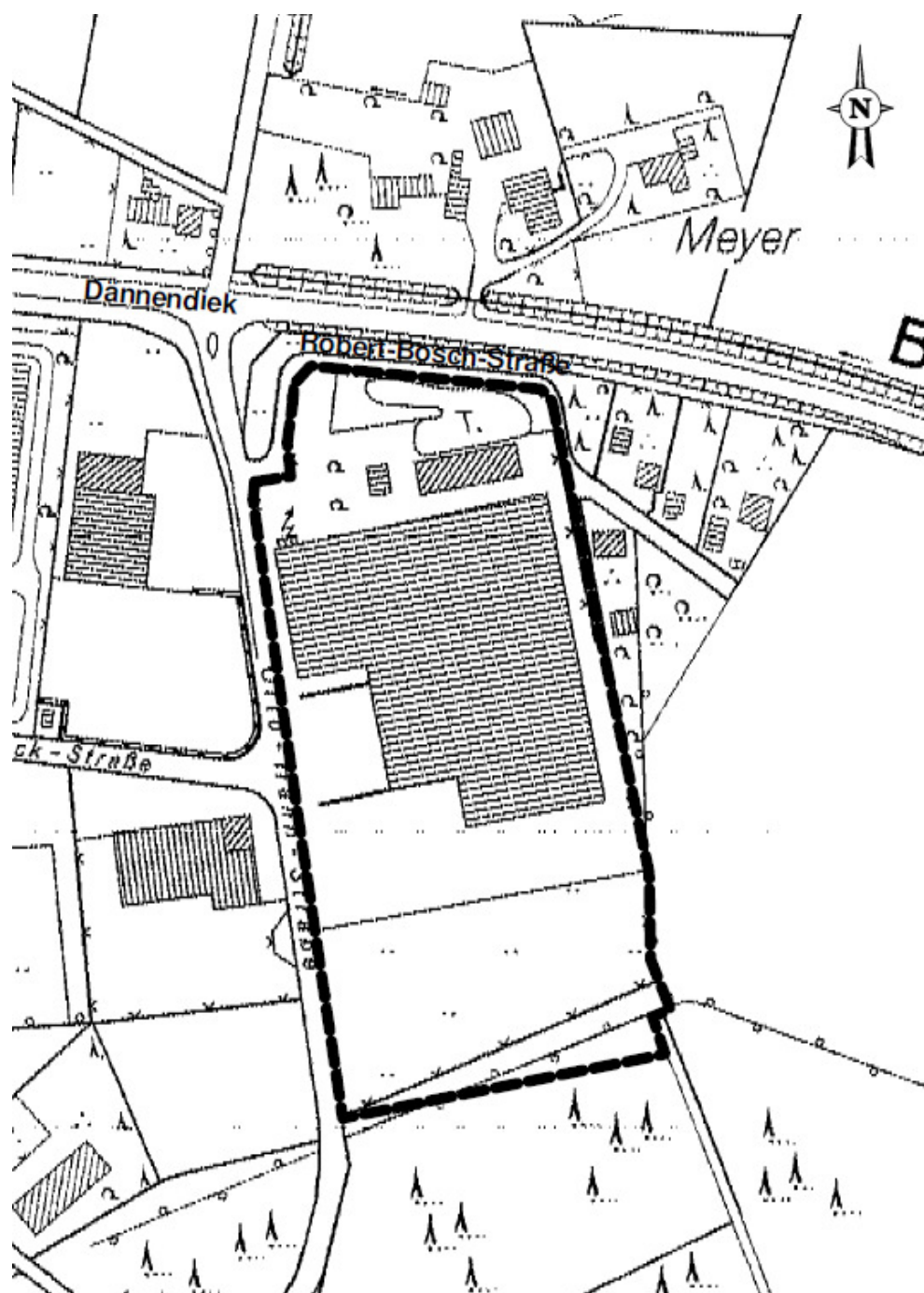
17.12.2009	Bekanntmachung der 12. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Rhede über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes für fließende Gewässer zweiter Ordnung	8
18.12.2009	Bekanntmachung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009	11
21.12.2009	Bekanntmachung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Rhede - Abfallentsorgungssatzung -	14
21.12.2009	Bekanntmachung der Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung der Stadt Rhede - Abfallentsorgungsgebührensatzung -	36

Bekanntmachung

Aufstellungsbeschluss über die 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes „Rhede G 9, II. Planquartier“ (Bereich Robert-Bosch-Straße / Otto-Hahn-Straße in Rhede) und Beschluss über die öffentliche Auslegung des Entwurfes der 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes „Rhede G 9, II. Planquartier“

Der Rat der Stadt Rhede hat in seiner Sitzung am 16.12.2009 gemäß §§ 2 ff. Baugesetzbuch die **Aufstellung der 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes „Rhede G 9, II. Planquartier“ (Bereich Robert-Bosch-Straße / Otto-Hahn-Straße in Rhede)** und zugleich die **öffentliche Auslegung des Entwurfes der 1. Änderung des Bebauungsplanes „Rhede G 9, II. Planquartier“** bestehend aus der Planzeichnung, der Begründung und dem Umweltbericht beschlossen.

Mit dieser Bebauungsplanänderung sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung des dort ansässigen Gewerbebetriebes geschaffen werden.



Auszug aus der Deutschen Grundkarte mit Abgrenzung des Änderungsgebietes;
Gemarkung Rhede, Flur 115 (unmaßstäblich)

Die öffentliche Auslegung des Entwurfes der 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes „Rhede G 9, II. Planquartier“ einschließlich der Begründung mit dem Umweltbericht sowie der umweltbezogenen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange (Stellungnahme des Kreises Borken zu den Themen Eingriff / Ausgleich, Waldstruktur und Landschaftsbild, Stellungnahme der Landwirtschaftskammer NRW zur Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen, Stellungnahme des Landesbetriebs Wald und Holz NRW zu Inanspruchnahme und Ausgleich von

Waldflächen, Stellungnahme des Geologischen Dienstes NRW zu den Schutzgütern Boden und Wasser sowie zum Thema Ausgleich) und eines faunistischen Fachgutachtens (Fledermausuntersuchung) erfolgt in der Zeit vom

**04. Januar 2010 bis einschließlich 05. Februar 2010
während der Dienststunden im Rathaus der Stadt Rhede,
Rathausplatz 9, 46414 Rhede, II. Obergeschoss, Zimmer 328.**

Während dieser Auslegungsfrist können Anregungen und Stellungnahmen zum Entwurf der Bebauungsplanänderung schriftlich oder während der Dienststunden mündlich zur Niederschrift vorgebracht werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben. Ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung ist unzulässig, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Auslegungszeiten:

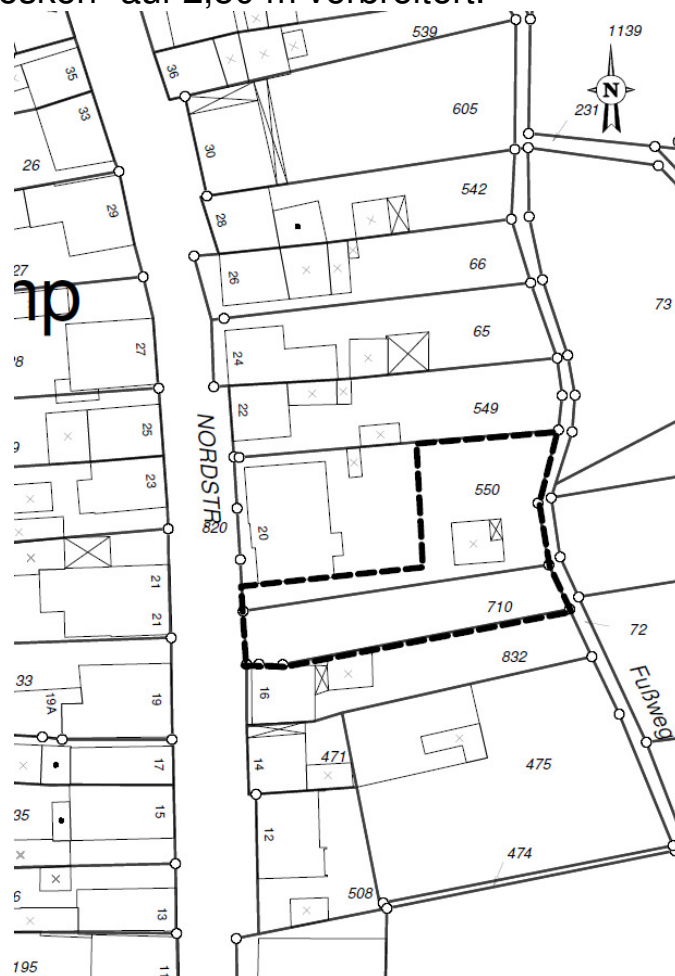
vormittags: montags bis freitags von 8.00 Uhr bis 12.30 Uhr;
nachmittags: montags bis donnerstags von 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr,
freitags von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr

Rhede, 17.12.2009

Lothar Mittag
Bürgermeister

Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses über die Änderung des Bebauungsplanes "Rhede B 1, 5. Änderung" (Bereich Nordstraße in Rhede) im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB

Der Rat der Stadt Rhede hat in seiner Sitzung am 16.12.2009 in Kenntnis der Planzeichnung mit den zeichnerischen Festsetzungen und der Begründung gemäß §§ 2 ff. des Baugesetzbuches (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) sowie des § 86 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen -Landesbauordnung- (BauO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV NRW S. 256) und der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in den jeweils geltenden Fassungen, die **vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes „Rhede B 1, 5. Änderung“** (Bereich Nordstraße in Rhede), bestehend aus der Planzeichnung, als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen. Im Zuge der Änderung wurden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Neubau eines öffentlichen Parkplatzes geschaffen. Des Weiteren wurde im Änderungsbereich der Fuß- und Radweg „Gängesken“ auf 2,50 m verbreitert.



Abgrenzung des Änderungsbereiches, Gemarkung Rhede, Flur 8

Bekanntmachungsanordnung:

Der Satzungsbeschluss der vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes "Rhede B 1, 5. Änderung" wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Die Bebauungsplanänderung mit der dazugehörigen Begründung und den Anlagen wird ab sofort während der Dienststunden im Rathaus der Stadt Rhede, Rathausplatz 9, 46414 Rhede, Fachbereich 30 - Bau und Ordnung Zimmer 328, zu jedermanns Einsicht bereitgehalten. Über den Inhalt des Bebauungsplanes wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Es wird darauf hingewiesen, dass

- a) eine Verletzung der im § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung dieser Satzung schriftlich gegenüber der Stadt Rhede unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden ist. Ebenso ist eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes sowie nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung dieser Satzung schriftlich gegenüber der Stadt Rhede unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind;
- b) eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit Verkündung der Satzung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn, eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt, die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden, der Bürgermeister hat die Ratsbeschlüsse vorher beanstandet oder der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Rhede vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt;
- c) ein Entschädigungsberechtigter Entschädigung verlangen kann, wenn die in §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensanteile eingetreten sind. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, dass er die Leistung und Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt. Ein Entschädigungsan-

spruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in oben genannten Fällen bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

Mit dieser Bekanntmachung tritt die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Rhede B 1, 5. Änderung" (Bereich Nordstraße) in Kraft.

Rhede, 17.12.2009

Lothar Mittag
Bürgermeister

Bekanntmachung
12. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Rhede
über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes
für fließende Gewässer zweiter Ordnung
vom 17.12.2009

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW 1994 S. 666/SGV NRW 2023), zuletzt geändert durch Art. I Partizipation-FörderungsG vom 30.06.2009 (GV.NRW.S.380), der §§ 2, 4, 6 und 7 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW 1969 S. 712/SGV NRW 610), zuletzt geändert durch Art.I JagdsteuerabschaffungsG vom 30.06.2009 (GV.NRW.S.394) und der §§ 91 und 92 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG) vom 25. Juni 1995 (GV NW 1995 S. 926/SGV NW 77), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Dezember 2007 (GV NW 2007 S.708), hat der Rat der Stadt Rhede in seiner Sitzung am 16. Dezember 2009 folgende Satzung beschlossen:

Artikel I

§ 4 der Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes der Stadt Rhede für fließende Gewässer zweiter Ordnung vom 21. Dezember 1995 in der Fassung der 11. Änderungssatzung vom 18. Dezember 2008 erhält folgende Fassung:

§ 4 Gebührenmaßstab und Gebührensatz

Maßstab für die Berechnung der Gebühr ist die Flächengröße des Grundstückes in Ar und die Art der Grundstücksnutzung aufgrund der Unterlagen des Katasteramtes Borken bzw. die tatsächliche Art der Grundstücksnutzung.

Der jährliche Gebührensatz beträgt für Grundstücke im Unterhaltungsverband/Einzugsgebiet:

Rheder Bach

0,4500 €/Ar = Grundstücksflächen mit versiegelten Anteilen

0,0750 €/Ar = Grundstücksflächen mit Waldanteilen

0,1500 €/Ar = Grundstücksflächen mit sonstiger Nutzung

Mengering-Rümping-Honselbach

0,6858 €/Ar = Grundstücksflächen mit versiegelten Anteilen

0,1143 €/Ar = Grundstücksflächen mit Waldanteilen

0,2286 €/Ar = Grundstücksflächen mit sonstiger Nutzung

Holtwicker Bach

0,8775 €/Ar = Grundstücksflächen mit versiegelten Anteilen

0,1464 €/Ar = Grundstücksflächen mit Waldanteilen

0,2925 €/Ar = Grundstücksflächen mit sonstiger Nutzung

Els-Knüstingbach

1,0629 €/Ar = Grundstücksflächen mit versiegelten Anteilen

0,0043 €/Ar = Grundstücksflächen mit Waldanteilen

0,3543 €/Ar = Grundstücksflächen mit sonstiger Nutzung

Raesfelder Isselverband

0,6180 €/Ar = Grundstücksflächen mit versiegelten Anteilen

0,1030 €/Ar = Grundstücksflächen mit Waldanteilen

0,2060 €/Ar = Grundstücksflächen mit sonstiger Nutzung

Untere Issel Nord

0,9387 €/Ar = Grundstücksflächen mit versiegelten Anteilen

0,1565 €/Ar = Grundstücksflächen mit Waldanteilen

0,3129 €/Ar = Grundstücksflächen mit sonstiger Nutzung

Obere Issel

0,7863 €/Ar = Grundstücksflächen mit versiegelten Anteilen

0,1311 €/Ar = Grundstücksflächen mit Waldanteilen

0,2621 €/Ar = Grundstücksflächen mit sonstiger Nutzung

Die Einzugsgebiete der Unterhaltungsverbände ergeben sich aus ihren jeweils gültigen Satzungen.

Artikel II

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2010 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende 12. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Rhede über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes für fließende Gewässer zweiter Ordnung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Rhede, 17.12.2009

Lothar Mittag
Bürgermeister

I. Bekanntmachung

Feststellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 nebst Anhang und des Lageberichtes sowie die Entlastung des Bürgermeisters

Der Rat der Stadt Rhede hat in seiner Sitzung am 16.12.2009 gemäß § 92 in Verbindung mit § 96 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Juli 2008 (GV NRW S. 514), die vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte und testierte Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 samt Anhang, Anlagen und Lagebericht festgestellt und dem Bürgermeister vorbehaltlos Entlastung erteilt.

Aktiva

	€	€
1. Anlagevermögen		
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände		124.386,09
1.2 Sachanlagen		5.788.507,17
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		
1.2.1.1 Grünflächen	4.067.869,25	
1.2.1.2 Ackerland	590.214,60	
1.2.1.3 Wald, Forsten	278.230,00	
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	852.193,32	
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		41.375.326,37
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	848.967,47	
1.2.2.2 Schulen	22.815.356,96	
1.2.2.3 Wohnbauten	484.500,14	
1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	17.226.501,80	
1.2.3 Infrastrukturvermögen		60.246.078,02
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	13.220.260,00	
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	1.111.584,43	
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	0,00	
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	0,00	
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	45.314.675,97	
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	599.557,62	
1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden		0,00
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler		22,00
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge		1.153.731,92
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung		1.368.289,19
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau		1.793.383,20
1.3 Finanzanlagen		
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen		22.052.224,43
1.3.2 Beteiligungen		4.836,00
1.3.3 Sondervermögen		2.973.414,27
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens		124.525,48
1.3.5 Ausleihungen		452.589,69
1.3.5.1 an verbundene Unternehmen	0,00	
1.3.5.2 an Beteiligungen	0,00	
1.3.5.3 an Sondervermögen	0,00	
1.3.5.4 Sonstige Ausleihungen	452.589,69	

2. Umlaufvermögen

2.1	Vorräte		
2.1.1	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren		15.475,78
2.1.2	Gleistete Anzahlungen		0,00
2.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen		1.342.189,26
2.2.1.1	Gebühren	50.088,04	
2.2.1.2	Beiträge	73.869,42	
2.2.1.3	Steuern	1.059.486,05	
2.2.1.4	Forderungen aus Transferleistungen	11.921,80	
2.2.1.5	Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	146.823,95	
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen		3.441.041,59
2.2.2.1	gegenüber dem privaten Bereich	14.722,37	
2.2.2.2	gegenüber dem öffentlichen Bereich	34.050,11	
2.2.2.3	gegenüber verbundenen Unternehmen	3.378.668,15	
2.2.2.4	gegen Beteiligungen	0,00	
2.2.2.5	gegen Sondervermögen	13.600,96	
2.2.3	Sonstige Vermögensgegenstände		4.561,82
2.2.4	Wertpapiere des Umlaufvermögens		0,00
2.4	Liquide Mittel		1.164.605,40

3. Aktive Rechnungsabgrenzung

			121.808,89
Summe Aktiva			143.546.996,57

Passiva

	€	€
1. Eigenkapital		
1.1	Allgemeine Rücklage	48.890.680,43
1.2	Sonderrücklage	0,00
1.3	Ausgleichsrücklage	7.131.760,33
1.4	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00
2. Sonderposten		
2.1	für Zuwendungen	45.572.821,20
2.2	für Beiträge	11.711.457,27
2.3	für den Gebührenaussgleich	77.545,80
2.4	Sonstige Sonderposten	419.992,06
3. Rückstellungen		
3.1	Pensionsrückstellungen	12.928.360,00
3.2	Rückstellungen für Deponien und Altlasten	0,00
3.3	Instandhaltungsrückstellungen	2.332.600,00
3.4	Sonstige Rückstellungen nach § 36 Absätze 4 und 5	1.141.844,47
4. Verbindlichkeiten		
4.1	Anleihen	0,00
4.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	9.250.738,49
4.2.1	von verbundenen Unternehmen	0,00
4.2.2	von Beteiligungen	0,00
4.2.3	von Sondervermögen	0,00
4.2.4	vom öffentlichen Bereich	182.553,96
4.2.5	vom privaten Kreditmarkt	9.068.184,53
4.3	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00
4.4	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00
4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.290.137,19
4.6	Verbindlichkeiten aus Transferzahlungen	28.433,05
4.7	Erhaltene Anzahlungen	973.362,69
4.8	Sonstige Verbindlichkeiten	293.991,20

5. Passive Rechnungsabgrenzung
Summe Passiva

1.503.272,39
143.546.996,57

II. Bekanntmachung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009

Der Beschluss über die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 und die Entlastung des Bürgermeisters wird hiermit gemäß § 92 Absatz 2 GO NRW öffentlich bekanntgemacht.

Die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 samt Anhang, Anlagen und Lagebericht liegt bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme im Rathaus, Rathausplatz 9, Zimmer 228/229, während der Büroöffnungszeiten von 8.00 bis 12.00 Uhr und nachmittags nach Terminvereinbarung, öffentlich aus.

Rhede, den 18.12. 2009

Lothar Mittag
Bürgermeister

Bekanntmachung

Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Rhede - ABFALLENTSORGUNGSSATZUNG - vom 21. Dezember 2009

Aufgrund der §§ 7 und 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.06.2008 (GV. NRW. S. 514), der §§ 8 und 9 des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesabfallgesetz – LabfG NW) vom 21. Juni 1988, zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.05.2008 (GV. NRW. S. 460), des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) vom 27. September 1994 (BGBl. I 1994, S. 2705 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.07.2007 (BGBl. I 2007, S. 1462/1469) sowie des § 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I, S. 602), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.08.2007 (BGBl. I 2007, S. 1786) hat der Rat der Stadt Rhede in seiner Sitzung am 16. Dezember 2009 folgende Satzung beschlossen:

Artikel I

§ 1 Aufgaben

- (1) Die Stadt Rhede betreibt die Abfallentsorgung in ihrem Gebiet nach Maßgabe der Gesetze und dieser Satzung als öffentliche Einrichtung. Diese bildet eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit.
- (2) Die Stadt berät über die Möglichkeiten der Vermeidung und Verwertung von Abfällen, soweit ihr diese Aufgabe vom Kreis übertragen worden ist.
- (3) Die Stadt kann sich zur Durchführung dieser Aufgaben Dritter bedienen.

§ 2 Umfang der Abfallbeseitigung

Die Entsorgung von Abfällen durch die Stadt Rhede umfasst das Einsammeln und Befördern von Abfällen und die im Abfallwirtschaftskonzept des Kreises Borken vorgesehenen Maßnahmen

sowie die der Stadt durch den Kreis Borken übertragenen Entsorgungsaufgaben. Das Behandeln, Lagern und Ablagern der Abfälle wird vom Kreis Borken nach einer von ihm erlassenen Satzung wahrgenommen, soweit nicht anderweitig geregelt.

§ 3 Ausgeschlossene Abfälle

- (1) Vom Einsammeln und Befördern durch die Stadt sind gemäß § 15 Abs. 3 KrW-/AbfG mit Zustimmung der zuständigen Behörde ausgeschlossen:
1. folgende Abfälle, die aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 24 KrW-/ AbfG einer Rücknahmepflicht unterliegen, bei denen entsprechende Rücknahmevorrichtungen tatsächlich zur Verfügung stehen und bei denen die Stadt nicht durch Erfassung als ihr übertragene Aufgabe bei der Rücknahme mitwirkt (§ 15 Abs. 3 Satz 1 KrW-/AbfG):
Verkaufsverpackungen aus Glas, Papier/Pappe/Karton und Leichtstoffen wie Styropor, Kunststoff, Aluminium, Weißblech und Verbundstoffen im Rahmen des Dualen Systems.
 2. Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, insbesondere aus Gewerbe- und Industriebetrieben, soweit diese nach Art, Menge oder Beschaffenheit nicht mit den in Haushaltungen anfallenden Abfällen eingesammelt, befördert oder beseitigt werden können oder die Sicherheit der umweltverträglichen Beseitigung im Einklang mit den Abfallwirtschaftsplänen des Landes durch einen anderen Entsorgungsträger oder Dritten gewährleistet ist (§ 15 Abs. 3 Satz 2 KrW-/ AbfG).
Soweit es nicht ausdrücklich anders geregelt ist, sind mit Ausnahme der in den Anlagen 1 und 2 zu dieser Satzung aufgeführten Listen (Positiv-Listen), die Bestandteil dieser Satzung sind, die dort nicht genannten Abfälle vom Einsammeln und Befördern ausgeschlossen.
- (2) Die Stadt kann den Ausschluss von der Entsorgung mit Zustimmung der zuständigen Behörde widerrufen, wenn die Voraussetzungen für den Ausschluss nicht mehr vorliegen (§ 15 Abs. 3 Satz 3 KrW-/ AbfG).
- (3) Vom Einsammeln und Befördern sind auch diejenigen Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen ausgeschlossen, soweit die Abfallerzeuger/ Abfallbesitzer aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen ihre Pflichten zur

Entsorgung nach den §§ 16, 17 oder 18 KrW-/AbfG auf Dritte oder private Entsorgungsträger übertragen haben (§ 15 Abs. 2 KrW-/AbfG).

§ 4

Sammeln von schadstoffhaltigen Abfällen

- (1) Abfälle aus privaten Haushaltungen, die wegen ihrer besonderen Schadstoffbelastung zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit einer getrennten Entsorgung bedürfen (gefährliche Abfälle i.S.d. § 3 Abs. 8 Satz 1 KrW-/AbfG), werden vom Schadstoffmobil der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland (egw) angenommen. Dies gilt auch für Kleinmengen vergleichbarer Abfälle aus Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben, soweit sie mit den in Satz 1 genannten Abfällen entsorgt werden können. Schadstoffhaltige Abfälle im Sinne des Satzes 1 sind diejenigen Abfälle, die in der als Anlage 2 zu dieser Satzung beigefügten Liste aufgeführt sind; die Liste ist Bestandteil dieser Satzung.
- (2) Die in der Anlage 2 zu dieser Satzung aufgeführten schadstoffhaltigen Abfälle dürfen nur zu den in der Stadt bekannt gegebenen Terminen am Schadstoffmobil der egw angeliefert werden. Die Standorte des Schadstoffmobiles der egw werden von der Stadt bekannt gegeben.
- (3) Kleinbatterien können auch zu den Sammelbehältern auf den Wertstoffsammelplätzen gebracht werden.

§ 5

Anschluss- und Benutzungsrecht

- (1) Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Stadt liegenden Grundstücks ist im Rahmen der §§ 2 bis 4 berechtigt, von der Stadt den Anschluss seines Grundstücks an die städtische Abfallentsorgung zu verlangen (Anschlussrecht).
- (2) Der Anschlussberechtigte und jeder andere Abfallbesitzer im Gebiet der Stadt hat im Rahmen der §§ 2 bis 4 das Recht, die auf seinem Grundstück oder sonst bei ihm anfallenden Abfälle der städtischen Abfallentsorgung zu überlassen (Benutzungsrecht).
- (3) Das Anschluss- und Benutzungsrecht für die Bioabfallentsorgung gilt nur für die Bereiche, in denen die Biogefäße bereitgestellt werden (§ 21 Abs. 1 d).

§ 6

Anschluss- und Benutzungszwang, Ausnahmen

- (1) Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Stadt liegenden Grundstücks ist verpflichtet, sein Grundstück an die städtische Abfallentsorgung anzuschließen, wenn das Grundstück von privaten Haushaltungen zu Wohnzwecken genutzt wird (Anschlusszwang). Der Eigentümer eines Grundstücks als Anschlusspflichtiger und jeder andere Abfallbesitzer (z.B. Mieter, Pächter) auf einem an die städtische Abfallentsorgung angeschlossenen Grundstück ist verpflichtet, im Rahmen der §§ 2 bis 4 die auf seinem Grundstück oder sonst bei ihm anfallenden Abfälle zur Beseitigung und Abfälle zur Verwertung aus privaten Haushaltungen der städtischen Abfallentsorgungseinrichtung zu überlassen (Benutzungszwang). Abfälle aus privaten Haushaltungen sind nach § 13 Abs. 1 Satz 1 KrW-/AbfG i.V.m. § 2 Nr. 2 GewAbfV Abfälle, die in privaten Haushalten im Rahmen der privaten Lebensführung anfallen, insbesondere in Wohnungen und zugehörigen Grundstücks- oder Gebäudeteilen sowie in anderen vergleichbaren Anfallstellen wie Wohnheimen oder Einrichtungen des betreuten Wohnens.
- (2) Eigentümer von Grundstücken und Abfallerzeuger/Abfallbesitzer auf Grundstücken, die nicht zu Wohnzwecken, sondern anderweitig z.B. gewerblich/industriell genutzt werden, haben gleichermaßen die Verpflichtungen nach Abs. 1, soweit auf diesen Grundstücken Abfälle zur Beseitigung im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 2 2. Halbsatz KrW-/AbfG anfallen. Sie haben nach § 7 Satz 4 der Gewerbeabfall-Verordnung für gewerbliche Siedlungsabfälle im Sinne des § 2 Nr. 1 GewAbfV ein Pflicht-Restabfallgefäß zu benutzen. Die Zuteilung des Gefäßvolumens für das Pflicht-Restabfallgefäß erfolgt auf der Grundlage der Maßgaben in § 9 Abs. 3 dieser Satzung. Gewerbliche Siedlungsabfälle sind nach § 2 Nr. 1 GewAbfV, Siedlungsabfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, die in Kapitel 20 der Abfallverzeichnis-Verordnung aufgeführt sind, insbesondere gewerbliche und industrielle Abfälle, die Abfällen aus privaten Haushaltungen aufgrund ihrer Beschaffenheit und Zusammensetzung ähnlich sind sowie Abfälle aus privaten und öffentlichen Einrichtungen.
- (3) Der Anschluss- und Benutzungszwang nach Abs. 1 und Abs. 2 besteht auch für Grundstücke, die anderweitig z. B. gewerblich/industriell und gleichzeitig von privaten Haushaltungen zu Wohnzwecken genutzt werden (sog. gemischt genutzte Grundstücke). Die Nutzung eines gemeinsamen Restabfallgefäßes durch die privaten

Haushaltungen und die Erzeuger und Besitzer von gewerblichen Siedlungsabfällen ist auf Antrag möglich.

- (4) Ein Benutzungszwang nach § 6 Abs. 1 - 3 dieser Satzung besteht nicht,
- soweit Abfälle gemäß § 3 dieser Satzung von der kommunalen Abfallentsorgungseinrichtung ausgeschlossen sind;
 - soweit Dritten oder privaten Entsorgungsverbänden Pflichten zur Verwertung oder Beseitigung von Abfällen nach § 16 Abs. 2, § 17 Abs. 3, § 18 Abs. 3 KrW-/AbfG übertragen worden sind (§ 13 Abs. 2 KrW-/AbfG);
 - soweit Abfälle einer Rücknahme- oder Rückgabepflicht aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 24 KrW-/AbfG unterliegen und die Stadt an deren Rücknahme nicht mitwirkt (§ 13 Abs. 3 Nr. 1 KrW-/AbfG);
 - soweit Abfälle, die nicht gefährlich im Sinne des § 3 Abs. 8 Satz 1 KrW-/AbfG sind, durch gemeinnützige Sammlung einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden (§ 13 Abs. 3 Satz 1 Nr.2 KrW-/AbfG);
 - soweit Abfälle, die nicht gefährlich im Sinne des § 3 Abs. 8 Satz 1 KrW-/AbfG sind, durch gewerbliche Sammlungen einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden, soweit dies der Stadt nachgewiesen worden ist und nicht überwiegende öffentliche Interessen entgegenstehen (§ 13 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 KrW-/AbfG);
 - soweit Abfälle in Wahrnehmung der Produktverantwortung nach § 25 KrW-/AbfG freiwillig zurückgenommen werden, wenn dem zurücknehmenden Hersteller oder Verteiler ein Freistellungs- oder Feststellungsbescheid nach § 25 Abs. 3 oder Abs. 6 KrW-/AbfG erteilt worden ist (§ 13 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 a KrW-/AbfG).
- (5) Der Anschluss- und Benutzungszwang für die Bioabfallentsorgung gilt nur für die Bereiche, in denen die Bioabfallgefäße bereitgestellt werden (§ 21 Abs. 1 d).
- (6) Ein Anschluss- und Benutzungszwang zur Nutzung des Systemgefäßes für Bioabfälle besteht nicht, wenn

- a) auf dem jeweiligen Grundstück keine organischen Abfälle anfallen oder
- b) eine Verwertung aller auf dem jeweiligen Grundstück anfallenden organischen Abfälle ordnungsgemäß und schadlos erfolgt. Die Verwertung erfolgt ordnungsgemäß, wenn sie im Einklang mit den öffentlich-rechtlichen Vorschriften steht. Sie erfolgt schadlos, wenn nach der Beschaffenheit der Abfälle, dem Ausmaß der Verunreinigungen und der Art der Verwertung Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit nicht zu erwarten sind, insbesondere keine Schadstoffanreicherung im Wertstoffkreislauf erfolgt. Voraussetzung einer Verwertung aller organischen Abfälle auf dem Grundstück ist des weiteren, dass die Verwertung in seuchenhygienisch unbedenklicher Art und Weise in geschlossenen Anlagen auf dem Grundstück vorgenommen wird und für die Aufbringung des aus der Verwertung gewonnenen Kompostes eine gärtnerische Nutzfläche (ohne Rasenfläche) auf dem Grundstück zur Größe von mindestens 25 qm je Grundstücksbewohner zur Verfügung steht. Der Abfallbesitzer hat das Vorliegen der Voraussetzungen nachzuweisen.

§ 7

Selbstbeförderung zu Abfallentsorgungsanlagen

Der Erzeuger/Besitzer von Abfällen, deren Einsammeln und Befördern durch die Stadt ausgeschlossen ist (§ 3 dieser Satzung), ist verpflichtet, seine Abfälle zum Zwecke des Verwertens, Behandeln, Lagerns oder Ablagerns entsprechend der Satzung über die Abfallentsorgung im Kreis Borken in der jeweils geltenden Fassung zu der vom Kreis angegebenen Sammelstelle, Behandlungsanlage oder Abfallentsorgungsanlage zu befördern oder befördern zu lassen.

Soweit der Kreis das Behandeln, Lagern oder Ablagern dieser Abfälle ebenfalls ausgeschlossen hat, sind die Abfälle zum Zwecke des Behandeln, Lagerns oder Ablagerns zu einer sonstigen dafür zugelassenen Abfallentsorgungsanlage zu befördern oder befördern zu lassen.

§ 8

Abfallgefäße und Wertstoffgefäße

- (1) Die Stadt bestimmt nach Maßgabe der folgenden Vorschriften Art, Anzahl und Zweck der Abfallgefäße, Abfallsäcke und Wertstoffgefäße, deren Standplatz auf dem Grundstück, ob und wie die

Abfälle voneinander getrennt zu halten sind sowie die Häufigkeit und den Zeitpunkt der Abfuhr.

- (2) Für das Einsammeln von Abfällen sind folgende Abfallgefäße, Abfallsäcke und Wertstoffgefäße zugelassen:
1. Gefäße für Restabfall in den Größen 60 l, 90 l, 120 l, 240 l sowie Restabfallcontainer mit einem Fassungsvermögen von 1.100 l,
 2. Abfallgefäße für Bioabfall in den Größen 60 l, 90 l, 120 l und 240 l,
 3. Wertstoffgefäße für Verpackungen aus Metall, Kunststoff oder Verbundstoff in den Größen 120 l und 240 l sowie Container mit einem Fassungsvermögen von 1.100 l,
 4. Gefäße für Altpapier in der Größe von 240 l,
 5. Abfallsäcke für Restabfälle mit einem Fassungsvermögen von 80 l,
 6. Papiersäcke für Bioabfall mit einem Fassungsvermögen von 100 l,
 7. Sammelcontainer für Papier/Pappe, Glas, Textilien und Kleinbatterien.
- (3) Die Abfall- und Wertstoffgefäße werden durch die Stadt oder beauftragte Dritte gestellt. Die Gefäße bleiben Eigentum der Stadt bzw. des mit der Durchführung der Abfallentsorgung beauftragten Unternehmens und werden durch diese gewartet.

§ 9

Anzahl und Größe der Abfall- und Wertstoffgefäße

- (1) Auf jedem Grundstück muss mindestens ein wöchentliches Gefäßvolumen von 30 l zur Einsammlung des Restabfalls zur Verfügung stehen; auf den Grundstücken, auf denen die Systemgefäße für Bioabfälle bereitgestellt werden, muss mindestens ein wöchentliches Volumen von 15 l zur Sammlung des Restabfalls zur Verfügung stehen.
- (2) Mehrere Haushalte auf einem Grundstück können unter Beachtung des Absatzes 1 Abfallgefäße gemeinsam nutzen. Hierbei muss sichergestellt sein, dass jedem Haushalt das wöchentliche Gefäßvolumen gemäß Abs. 1 zur Verfügung steht. Dies gilt analog auch für zwei aneinander grenzende Grundstücke.
- (3) Für die Abfuhr von Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushalten wird der Gefäßbedarf für Abfälle zur Beseitigung unter Zugrundelegung von Einwohnergleichwerten ermittelt. Je Einwohnergleichwert wird ein Mindest-Gefäßvolumen von 5 Litern pro Woche zur Verfügung gestellt.

Abweichend kann auf Antrag, bei durch den Abfallerzeuger/Abfallbesitzer nachgewiesener Nutzung von Vermeidungs- und Verwertungsmöglichkeiten, ein geringeres Mindest-Gefäßvolumen zugelassen werden. Die Stadt Rhede legt aufgrund der vorgelegten Nachweise und ggf. eigenen Ermittlungen/Erkenntnissen das zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Entsorgung erforderliche Behältervolumen fest.

Einwohnergleichwerte werden nach folgender Regelung festgestellt:

Unternehmen/Institution	je Platz/ Beschäftigten/Bett	Einwohner- gleichwert
a) Krankenhäuser, Kliniken und ähnliche Einrichtungen	je Platz	1
b) öffentl. Verwaltungen, Geldinstitute, Ver- bände, Krankenkassen, Versicherungen, selb- ständig Tätige der freien Berufe, selb- ständige Handels-, Industrie- u. Ver- sicherungsvertreter	je 3 Beschäftigte	1
c) Schulen, Kindergärten	je 10 Schüler/Kind	1
d) Speisewirtschaften, Imbissstuben	je Beschäftigten	4
e) Gaststättenbetriebe, die nur als Schankwirt- schaft konzessioniert sind, Eisdielen	je Beschäftigten	2
f) Beherbergungsbetriebe	je 4 Betten	1
g) Lebensmitteleinzel- und Großhandel	je Beschäftigten	2
h) sonstige Einzel- u. Großhandel	je Beschäftigten	0,5

i) Industrie, Handwerk und übrige Gewerbe	je Beschäftigten	0,5
---	------------------	-----

- (4) Beschäftigte im Sinne des § 9 Abs. 3 sind alle in einem Betrieb Tätige (z. B. Arbeitnehmer, Unternehmer, mithelfende Familienangehörige, Auszubildende) einschließlich Zeitarbeitskräfte. Halbtags-Beschäftigte werden zu $\frac{1}{2}$ bei der Veranlagung berücksichtigt. Beschäftigte, die weniger als die Hälfte der branchenüblichen Arbeitszeit beschäftigt sind, werden bei der Veranlagung zu $\frac{1}{4}$ berücksichtigt.
- (5) Auf Grundstücken, auf denen Abfälle aus privaten Haushaltungen und Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen anfallen, die gemeinsam in einem Restabfallgefäß gesammelt werden können, wird das sich nach § 9 Abs. 3 berechnete Gefäßvolumen zu dem nach § 9 Abs. 1 zur Verfügung zu stellende Gefäßvolumen hinzugerechnet.
- (6) Wird festgestellt, dass die vorhandenen Abfallgefäße für die Aufnahme des regelmäßig anfallenden Abfalls nicht ausreichen und sind zusätzliche Abfallgefäße nicht beantragt worden, haben die Anschlusspflichtigen nach schriftlicher Aufforderung durch die Stadt die erforderlichen Abfallgefäße anzumelden bzw. aufzustellen; kommen sie dieser Aufforderung nicht nach, haben sie die Aufstellung der Abfallgefäße durch die Stadt zu dulden.

§ 10

Standplatz und Transportweg für Abfall- und Wertstoffgefäße

Die Abfall- und Wertstoffgefäße und die für eine Bündelsammlung zugelassenen Abfälle sowie Sperrgut, verschrottungsfähige Abfälle und Kühl- und Gefrieraggregate sind zur Abfallentsorgung an der nächstgelegenen öffentlichen Straße so aufzustellen, dass der Verkehr nicht behindert oder gefährdet wird. Nach der Entleerung müssen die Gefäße unverzüglich wieder eingeholt werden.

Gegenstände für die Sperrgutabfuhr sind frühestens einen Tag vor Abfuhr bereit zu stellen. Nicht von der Sperrgutabfuhr mitgenommene Gegenstände müssen umgehend, spätestens jedoch bis zum Einbruch der Dunkelheit, aus dem Verkehrsraum entfernt werden.

Wenn das Entsorgungsfahrzeug nicht am Grundstück vorfahren kann, kann die Stadt den Aufstellungsort bestimmen.

§ 11

Benutzung der Abfall- und Wertstoffgefäße

- (1) Der Grundstückseigentümer hat dafür zu sorgen, dass die auf den Grundstücken aufgestellten Abfall- und Wertstoffgefäße allen Hausbewohnern zugänglich sind und ordnungsgemäß benutzt werden können.
- (2) Die Abfälle müssen in die von der Stadt gestellten Abfall- und Wertstoffgefäße bzw. Säcke (§ 8 Abs. 2 Ziffern 1 - 6) oder in die Sammelcontainer (§ 8 Abs. 2 Ziffer 7) eingefüllt werden. Abfälle dürfen nicht in einer anderen Weise zum Einsammeln bereitgestellt oder neben die Abfall- und Wertstoffgefäße oder Sammelcontainer gelegt werden; ausgenommen hiervon sind die Bündel-Sammlungen für Papier/Pappe, die Sperrgüter, verschrottungsfähige Abfälle, Kühl- und Gefrieraggregate sowie Elektro- und Elektronikgeräte aus Haushaltungen und die Garten- und Grünabfälle an den jeweiligen Straßensammlungs-Terminen.
- (3) Der Anschlusspflichtige und jeder andere Abfallbesitzer ist verpflichtet,
 - a) Papier/Pappe, Glas und Textilien getrennt zu halten und entweder zu den von der Stadt bereitgestellten Sammelcontainern auf den Wertstoffsammelplätzen zu bringen bzw. beim Papier/Pappe auch zu den regelmäßigen Straßensammlungen in den blauen Altpapiergefäßen, in gebündelter Form oder in geeigneten Behältern an die nächstgelegene Straße zur Abholung bereitzustellen; Glas ist darüber hinaus nach Weiß-, Grün- und Braunglas zu trennen.
 - b) Verkaufsverpackungen aus Metall, Kunststoff oder Verbundstoff getrennt zu halten und in die von der Stadt bereitgestellten Wertstoffgefäße einzufüllen und zur Abholung an die Straße zu stellen;
 - c) sperrige Abfälle getrennt zu halten und gesondert an die nächstgelegene Straße zu stellen (Verfahren hierzu siehe § 13).
 - d) Verschrottungsfähige Abfälle (mit Ausnahme der durch Buchstabe b erfassten Metalle) und Kühlaggregate sowie Elektro- und Elektronikgeräte aus Haushaltungen getrennt zu halten und mittels der Anforderungskarten nach dem Verfahren für die Entsorgung von Sperrgut zur Abholung anzuzeigen und bereitzustellen (siehe § 13); Elektro- und Elektronikkleingeräte am Schadstoffmobil der

Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland (egw) abzugeben bzw. zum Wertstoffhof der egw zu bringen;

- e) Problem- und Sonderabfälle (§ 4) getrennt zu halten und zum Schadstoffmobil der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland (egw) zu bringen. Kleinbatterien können darüber hinaus auch zu den Sammelbehältern auf den Wertstoffsammelplätzen gebracht werden;
 - f) Organische Abfälle aus dem Haushalt sowie Garten- und Grünabfälle aus den Hausgärten getrennt zu halten und entweder selbst zu kompostieren oder in die Gefäße für Bioabfälle (§ 8 Abs. 2 Ziffer 2) einzufüllen. Dies gilt nur für die Bereiche, in denen die Stadt die Bioabfallgefäße aufstellt. Garten- und Grünabfälle können auch zur Garten- und Grünabfallsammelstelle (Kompostplatz) gebracht oder bei den halbjährlich stattfindenden Straßensammlungen für diese verwertbaren Abfälle in gebündelter Form oder in Säcken verpackt an die nächstgelegene Straße rechtzeitig zur Abholung bereitgestellt werden;
 - g) verbleibende Restabfälle in die von der Stadt bereitgestellten Restabfallgefäße (§ 8 Abs. 2 Ziffer 1) einzufüllen und zur Abholung bereitzustellen.
- (4) Die von der Stadt gestellten Abfall- und Wertstoffgefäße (§ 8 Abs. 2) sind bei einem Wechsel des Anschlussnehmers auf dem Grundstück zu belassen. Die Abfallgefäße sind schonend zu behandeln und stets in einem sauberen und gebrauchsfähigen Zustand zu halten und nötigenfalls zu erneuern. Sie dürfen nur soweit gefüllt werden, dass sich der Deckel schließen lässt. Abfälle dürfen nicht in Abfallgefäße eingestampft, in ihnen verdichtet, eingeklemmt oder in ihnen verbrannt werden. Es ist nicht gestattet, brennende, glühende oder heiße Abfälle in Abfallgefäße zu füllen.
- (5) Sperrige Gegenstände, Schnee und Eis sowie Abfälle, welche die Abfallgefäße oder das Sammelfahrzeug beschädigen oder ungewöhnlich verschmutzen können, dürfen nicht in Abfall- und Wertstoffgefäße gefüllt werden.
- (6) Die Haftung für Schäden, die durch unsachgemäße Behandlung der Abfallgefäße oder durch Einbringen nicht zugelassener Gegenstände an den Sammelfahrzeugen entstehen, richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften.

- (7) Zur Vermeidung von Lärmbelästigungen dürfen die Wertstoffsammelplätze nur werktags in der Zeit von 7.00 Uhr bis 13.00 Uhr und 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr benutzt werden.

§ 12

Häufigkeit und Zeit der Leerung

- (1) Die Leerung der Restabfallgefäße erfolgt vierzehntäglich.
- (2) Die 1.100 l Container für Restabfall werden wahlweise wöchentlich, vierzehntäglich oder vierwöchentlich geleert.
- (3) Die Bioabfallgefäße werden vierzehntäglich geleert.
- (4) Im Innenbereich werden die gelben Wertstoffgefäße vierzehntäglich geleert. Im Außenbereich erfolgt die Entleerung vierwöchentlich.
- (5) Die Altpapier-Straßensammlung mit gleichzeitiger Leerung der blauen Altpapiergefäße findet in der Regel alle 4 Wochen statt.
- (6) Die Abfall- und Wertstoffgefäße sind am Abfuhrtag bis 6.00 Uhr an der öffentlichen Straße aufzustellen.
- (7) Die Tage der Abfuhr der Abfälle und Wertstoffe sowie notwendig werdende Änderungen der regelmäßigen Abfuhrtage werden von der Stadt festgesetzt und rechtzeitig öffentlich bekanntgemacht.

§ 13

Sperrige Abfälle, verschrottungsfähige Abfälle und Entsorgung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten

- (1) Der Anschlussberechtigte und jeder andere Abfallbesitzer im Gebiet der Stadt hat im Rahmen dieser Satzung das Recht, viermal jährlich sperrige Abfälle aus Wohnungen und anderen Teilen des Wohngrundstücks, die wegen ihres Umfangs oder ihres Gewichts nicht in den Abfallgefäßen untergebracht werden können, gesondert abfahren zu lassen.
- (2) Die sperrigen und verschrottungsfähigen Abfälle sowie Elektro- und Elektronik-Altgeräte aus Haushaltungen sind am Tage der Abfuhr, so an die nächstgelegene Straße bereitzustellen, dass der Verkehr nicht gefährdet wird.

(3) Sofern sperrige und verschrottungsfähige Abfälle sowie Elektro- und Elektronik-Altgeräte aus Haushaltungen nicht durch eine Fahrzeugbesatzung von Hand verladen werden können, unterbleibt die Abfuhr. In diesen Fällen ist ihr Besitzer zur ordnungsgemäßen Entsorgung verpflichtet.

Elektro- und Elektronikkleingeräte (bis 5 kg je Gerät) werden nicht abgefahren, sondern können am Schadstoffmobil der egw kostenlos abgegeben werden. Hiervon ausgenommen sind jedoch Fernseher und Monitore. Des Weiteren ist eine kostenlose Abgabe von Elektroschrott und Elektroaltgeräten am Wertstoffhof der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland (egw) möglich.

(4) Die Abfuhr der Abfälle im Sinne dieser Vorschrift erfolgt auf Anforderung per Postkarte oder per E-Mail über das Internet. Hierzu werden an alle Haushalte Anforderungskarten mit dem Abfallentsorgungskalender verteilt bzw. steht den Abfallbesitzern das entsprechende Online-Formular unter www.rhede.de zur Verfügung. Der Anschlussberechtigte oder Abfallbesitzer beauftragt mit diesen Anforderungskarten bzw. dem Online-Formular die Stadt oder den beauftragten Dritten (§ 1 Abs. 3), die Abfälle abzuholen. Die Stadt oder der beauftragte Dritte vereinbaren sodann mit den Absendern einen Termin über die Abholung der Abfälle, der innerhalb eines Zeitraumes von 4 Wochen, bei verschrottungsfähigen Abfällen sowie Kühl- und Gefrieraggregaten, Elektro- und Elektronikgeräten aus Haushaltungen von 2 Monaten, nach Eingang der Anforderungskarte bzw. der E-Mail liegen muss.

(5) Sperrgut und verschrottungsfähige Abfälle sowie Elektro- und Elektronikgeräte aus Haushaltungen sind getrennt vom Restabfall zu halten. Mittels der Anforderungskarten bzw. des Online-Formulares (Abs. 4) ist die Abholung getrennt für folgende Abfälle anzuzeigen:

a) Verschrottungsfähige Materialien (Herde, Waschmaschinen, Fahrräder, Schrott u. ä.) und Kühl- und Gefrieraggregate sowie Elektro- und Elektronikgeräte aus Haushaltungen, die vor der Verwertung einer Schadstoffentsorgung zugeführt werden;

b) sowie restliche Sperrgutstücke.

Papier und Pappe stellen kein Sperrgut dar. Diese Stoffe sind gemäß § 11 getrennt zu entsorgen.

§ 14 Anmeldepflicht

- (1) Der Grundstückseigentümer hat der Stadt den erstmaligen Anfall von Abfällen, die voraussichtliche Menge sowie jede wesentliche Veränderung der anfallenden Abfälle oder ihrer Menge unverzüglich anzumelden.
- (2) Wechselt der Grundstückseigentümer, sind sowohl der bisherige als auch der neue Eigentümer verpflichtet, dies der Stadt unverzüglich anzuzeigen.

§ 15 Auskunftspflicht, Betretungsrecht

- (1) Der Grundstückseigentümer, der Nutzungsberechtigte oder der Abfallbesitzer/Abfallerzeuger sind verpflichtet, über § 14 hinaus alle für die Abfallentsorgung erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Hierzu gehört insbesondere die Mitteilung über die Anzahl der Beschäftigten, ihre Arbeitszeiten, die Anzahl der Betten in Kliniken und Beherbergungsbetrieben.
- (2) Den Beauftragten der Stadt ist zur Prüfung, ob die Vorschriften dieser Satzung befolgt werden, ungehinderter Zutritt zu angeschlossenen Grundstücken und insbesondere zu solchen Betrieben zu gewähren, bei denen Abfälle anfallen; auf den Grundstücken etwa vorhandene Sammel- und Verwertungsstellen für Abfälle müssen zu diesem Zweck jederzeit zugänglich sein.
- (3) Die Anordnungen der Beauftragten sind zu befolgen. Wird einer Anordnung nicht innerhalb einer angemessenen Frist entsprochen, so ist die Stadt berechtigt, die notwendigen Zwangsmittel nach den §§ 55 ff. des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 19.02.2003 (GV NRW S. 156/SGV NW 2010) in der jeweilig geltenden Fassung anzuwenden, insbesondere die erforderlichen Maßnahmen auf Kosten des Anschlussberechtigten durchzuführen oder von anderen durchführen zu lassen.
- (4) Die Beauftragten haben sich durch einen von der Stadt ausgestellten Dienstausweis auszuweisen.

§ 16

Unterbrechung der Abfallentsorgung

- (1) Wird die Abfallentsorgung infolge höherer Gewalt, durch Betriebsstörungen, Streiks, betriebsnotwendige Arbeiten, behördliche Verfügungen oder Verlegungen des Zeitpunktes der Abfallbeseitigung vorübergehend eingeschränkt, unterbrochen oder verspätet durchgeführt, so hat der an die Abfallentsorgung Angeschlossene keinen Anspruch auf Schadensersatz bzw. auf Ermäßigung oder Erstattung der Gebühren.
- (2) Ist das Abholen der Abfälle aus einem der vorgenannten Gründe unterblieben, so wird es sobald wie möglich nachgeholt.

§ 17

Anfall der Abfälle, Eigentumsübertragung

- (1) Abfälle gelten zum Einsammeln und Befördern als angefallen, wenn die Voraussetzungen des Abfallbegriffs gemäß § 3 Abs. 1 KrW-/AbfG erstmals erfüllt sind.
- (2) Die Abfälle gehen in das Eigentum der Stadt über, sobald sie eingesammelt sind. Die Stadt ist nicht verpflichtet, im Abfall nach verlorenen Gegenständen suchen zu lassen. Im Abfall vorgefundene Wertgegenstände werden als Fundsachen behandelt.
- (3) Unbefugten ist nicht gestattet, angefallene und zur Abholung bereitgestellte Abfälle zu durchsuchen oder wegzunehmen.

§ 18

Gebühren

Für die Benutzung der Abfallentsorgung der Stadt und sonstige abfallwirtschaftliche Maßnahmen werden Gebühren nach der zu dieser Satzung erlassenen Gebührensatzung erhoben.

§ 19 Andere Berechtigte und Verpflichtete

Die sich aus dieser Satzung für die Grundstückseigentümer ergebenden Rechte und Pflichten gelten entsprechend für Erbbauberechtigte, Wohnungseigentümer, Wohnungs- und Nutzungsberechtigte im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes, Nießbraucher sowie auch alle sonstigen zum Besitz eines Grundstücks dinglich Berechtigten. Die Grundstückseigentümer werden von ihren Verpflichtungen nicht dadurch befreit, dass neben ihnen andere Anschluss- und Benutzungspflichtige vorhanden sind.

§ 20 Begriff des Grundstücks

Grundstück im Sinne dieser Satzung ist unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster und im Grundbuch und ohne Rücksicht auf die Grundstücksbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.

§ 21 Sonstige Vorschriften

(1) Die Stadt macht öffentlich bekannt

- a) die Termine für die Restabfall- und die Bioabfallentsorgung, die Entsorgung der gelben Wertstoffgefäße, die Straßensammlungen für Papier/Pappe einschließlich der Abfuhr der blauen Altpapiergefäße sowie die Straßensammlungen für Garten- und Grünabfälle,
- b) die Standorte der Sammelcontainer für Papier/Pappe, Glas, Textilien und Kleinbatterien (Wertstoffsammelplätze) und
- c) die Öffnungszeiten der Garten- und Grünabfallsammelstelle (Kompostplatz).
- d) die Abgrenzung des Innen- und Außenbereichs des Stadtgebietes sowie der Bereiche, in denen das Bioabfallgefäß zum Zwecke der getrennten Sammlung der Bioabfälle aufgestellt wird.

Die Unterrichtung der Öffentlichkeit kann auch durch Mitteilungsschriften oder durch die Verteilung von Informationsbroschüren erfolgen.

- (2) Vorstehende Vorschriften gelten nicht für Stoffe, die durch gemeinnützige Sammlungen erfasst und einer ordnungsgemäßen Verwertung zugeführt werden.

§ 22 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Unbeschadet der im Bundes- oder Landesrecht getroffenen Regelungen handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig dieser Satzung zuwiderhandelt, indem er
1. ausgeschlossene Abfälle der Stadt zum Einsammeln oder Befördern überlässt;
 2. auf seinem Grundstück oder sonst bei ihm anfallende Abfälle der städtischen Abfallentsorgung nicht überlässt (§ 6 Abs. 2);
 3. von der Stadt bestimmte Abfall- und Wertstoffgefäße zum Einfüllen von Abfällen nicht benutzt (§ 8);
 4. Gegenstände zur Sperrgutabfuhr zu früh im öffentlichen Verkehrsraum zur Abholung bereitstellt oder nicht mitgenommene Gegenstände nicht umgehend, spätestens jedoch bis zum Einbruch der Dunkelheit, aus dem Verkehrsraum entfernt (§ 10);
 5. für bestimmte Abfälle vorgesehene Gefäße (§ 11) mit anderen Abfällen füllt oder Wertstoffe (Papier, Pappe, Glas, Textilien, Metalle, Kunststoffe, Verbunde, verschrottungsfähige Abfälle), Problem- und Sonderabfälle sowie Bio-, Garten- und Grünabfälle nicht vom Restabfall oder Sperrgut trennt (§ 11 Abs. 3);
 6. den erstmaligen Anfall von Abfällen oder wesentliche Veränderungen des Abfalls nicht unverzüglich anmeldet (§ 14);
 7. angefallene Abfälle unbefugt durchsucht oder wegnimmt (§ 17 Abs. 3);
 8. die Benutzungsordnung für Wertstoffsammelplätze nicht beachtet.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10.000,00 € geahndet werden, soweit nicht andere gesetzliche Bestimmungen hierfür eine höhere Geldbuße vorsehen.

Artikel II

Diese Satzung tritt am 01. Januar 2010 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Rhede - Abfallentsorgungssatzung - vom 20.12.2002 außer Kraft.

**Anlagen zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Rhede
(§ 3 Abs. 1 Nr. 2 und § 4 Abs. 2)**

Anlage 1

Entsorgung durch die Stadt Rhede -zugelassene Abfallarten-:

Abfall-Schlüssel	Abfall-Bezeichnung	Abfallarten
03 01 01	Rinden- und Korkabfälle	Flaschenkorken
16 02 14	gebrauchte Geräte mit Ausnahmen derjenigen, die unter 16 02 09* bis 16 02 12* fallen	"Weiße Ware", Elektrokleingeräte
17 02 01	Holz	Altholz, unbehandelt
17 04 07	gemischte Metalle	Metallschrott
17 04 11	Kabel mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 04 10 fallen	Elektrokabel
20 01 01	Papier und Pappe/Karton	Papier und Pappe
20 01 02	Glas	Hohlglas
20 01 10	Bekleidung	Altkleider, -schuhe
20 01 11	Textilien	Textilien
20 01 23*	gebrauchte Geräte, die Fluorchlorkohlenwasserstoffe enthalten	Kühlgeräte
20 01 35*	gebrauchte elektrische und elektronische Geräte mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 21* und 20 01 23* fallen	
20 01 36	gebrauchte elektrische und elektronische Geräte mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 21*, 20 01 23* und 20 01 35* fallen	"Weiße Ware", Elektrokleingeräte, "Braune Ware"
20 01 38	Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 20 01 37* fällt	Altholz, unbehandelt
20 01 40	Metalle	Metallschrott
20 02 01	biologisch abbaubare Abfälle	Garten- und Parkabfall
20 03 01	gemischte Siedlungsabfälle (hier getrennt erfasste Bioabfälle)	Bioabfall
20 03 01	gemischte Siedlungsabfälle	Restmüll
20 03 07	Sperrmüll	Sperrmüll

Anlage 2**Schadstoffmobil -zugelassene Abfallarten-**

Abfall-Schlüssel	Abfall-Bezeichnung
02 01 08*	Abfälle von Chemikalien für die Landwirtschaft, die gefährliche Stoffe enthalten
02 01 09	Abfälle von Chemikalien für die Landwirtschaft mit Ausnahme derjenigen, die unter 02 01 08* fallen
03 02 01*	halogenfreie organische Holzkonservierungsmittel
03 02 02*	chlororganische Holzkonservierungsmittel
03 02 03*	metallorganische Holzkonservierungsmittel
03 02 04*	anorganische Holzkonservierungsmittel
03 02 05*	andere Holzschutzmittel, die gefährliche Stoffe enthalten
03 02 99	Holzschutzmittel a. n. g.
06 01 01*	Schwefelsäure und schwefelige Säure
06 01 02*	Salzsäure
06 01 03*	Flusssäure
06 01 04*	Phosphorsäure und phosphorige Säure
06 01 05*	Salpetersäure und salpetrige Säure
06 01 06*	andere Säuren
06 01 99	Abfälle a. n. g.
06 04 04*	quecksilberhaltige Abfälle
06 13 01*	anorganische Pflanzenschutzmittel, Holzschutzmittel und andere Biozide
07 01 03*	halogenorganische Lösemittel, Waschflüssigkeiten und Mutterlaugen
07 01 04*	andere organische Lösemittel, Waschflüssigkeiten und Mutterlaugen
07 02 03*	halogenorganische Lösemittel, Waschflüssigkeiten und Mutterlaugen
07 02 04*	andere organische Lösemittel, Waschflüssigkeiten und Mutterlaugen
07 03 03*	halogenorganische Lösemittel, Waschflüssigkeiten und Mutterlaugen
07 03 04*	andere organische Lösemittel, Waschflüssigkeiten und Mutterlaugen
07 05 03*	halogenorganische Lösemittel, Waschflüssigkeiten und Mutterlaugen
07 05 04*	andere organische Lösemittel, Waschflüssigkeiten und Mutterlaugen
07 06 03*	halogenorganische Lösemittel, Waschflüssigkeiten und Mutterlaugen

07 06 04*	andere organische Lösemittel, Waschflüssigkeiten und Mutterlaugen
07 07 03*	halogenorganische Lösemittel, Waschflüssigkeiten und Mutterlaugen
07 07 04*	andere organische Lösemittel, Waschflüssigkeiten und Mutterlaugen
08 01 11*	Farb- und Lackabfälle, die organische Lösemittel oder andere gefährliche Stoffe enthalten
08 01 12	Farb- und Lackabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 08 01 11* fallen
08 01 19*	wässrige Suspensionen, die Farben und Lacke mit organischen Lösemitteln oder anderen gefährlichen Stoffen enthalten
08 01 20	wässrige Suspensionen, die Farben und Lacke enthalten mit Ausnahme derjenigen, die unter 08 01 19* fallen
09 01 01*	Entwickler und Aktivatorlösungen auf Wasserbasis
09 01 02*	Offsetdruckplatten-Entwicklerlösungen auf Wasserbasis
09 01 03*	Entwicklerlösungen auf Lösemittelbasis
09 01 04*	Fixierbäder
09 01 05*	Bleichlösungen und Bleich-Fixier-Bäder
10 01 09*	Schwefelsäure
10 14 01*	quecksilberhaltige Abfälle aus der Gasreinigung
11 01 05*	saure Beizlösungen
11 01 07*	alkalische Beizlösungen
12 01 10*	synthetische Bearbeitungsöle
13 02 05*	nichtchlorierte Maschinen-, Getriebe- und Schmieröle auf Mineralölbasis
13 02 06*	synthetische Maschinen-, Getriebe- und Schmieröle
13 02 07*	biologisch leicht abbaubare Maschinen-, Getriebe- und Schmieröle
13 02 08*	andere Maschinen-, Getriebe- und Schmieröle
13 03 08*	synthetische Isolier- und Wärmeübertragungsöle
13 03 09*	biologisch leicht abbaubare Isolier- und Wärmeübertragungsöle
14 06 02*	andere halogenierte Lösemittel und Lösemittelgemische
14 06 03*	andere Lösemittel und Lösemittelgemische
15 01 04	Verpackungen aus Metall
15 01 10*	Verpackungen die Rückstände gefährlicher Stoffe enthalten oder durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind
15 01 11*	Verpackungen aus Metall, die eine gefährliche feste poröse Matrix (z.B. Asbest) enthalten, einschließlich geleerter Druckbehältnisse

15 02 02*	Aufsaug- und Filtermaterialien (einschließlich Ölfiler a. n. g.), Wischtücher und Schutzkleidung, die mit gefährlichen Stoffen verunreinigt sind
16 01 07*	Ölfiler
16 01 08*	quecksilberhaltige Bestandteile
16 02 09*	Transformatoren und Kondensatoren, die PCB enthalten
16 05 06*	Laborchemikalien, die aus gefährlichen Stoffen bestehen oder solche enthalten, einschließlich Gemische von Laborchemikalien
16 05 07*	gebrauchte anorganische Chemikalien, die aus gefährlichen Stoffen bestehen oder solche enthalten
16 05 08*	gebrauchte organische Chemikalien, die aus gefährlichen Stoffen bestehen oder solche enthalten
16 05 09	gebrauchte Chemikalien mit Ausnahme derjenigen, die unter 16 05 06*, 16 05 07* oder 16 05 08* fallen
16 06 01*	Bleibatterien
16 06 02*	Ni-Cd-Batterien
16 06 03*	Quecksilber enthaltende Batterien
16 06 04*	Alkalienbatterien (außer 16 06 03)
18 01 06*	Chemikalien, die aus gefährlichen Stoffen bestehen oder solche enthalten
18 01 07	Chemikalien mit Ausnahme derjenigen, die unter 18 01 06* fallen
18 01 08*	zytotoxische und zytostatische Arzneimittel
18 01 09	Arzneimittel mit Ausnahme derjenigen, die unter 18 01 08* fallen
18 01 10*	Amalgamabfälle aus der Zahnmedizin
18 02 05*	Chemikalien, die aus gefährlichen Stoffen bestehen oder solche enthalten
18 02 06	Chemikalien mit Ausnahme derjenigen, die unter 18 02 05* fallen
19 12 06*	Holz, das gefährliche Stoffe enthält
20 01 13*	Lösemittel
20 01 14*	Säuren
20 01 15*	Laugen
20 01 17*	Fotochemikalien
20 01 19*	Pestizide
20 01 21*	Leuchtstoffröhren und andere quecksilberhaltige Abfälle
20 01 25	Speiseöle und -fette
20 01 26*	Öle und Fette mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 25 fallen

20 01 27*	Farben, Druckfarben, Klebstoffe und Kunstharze, die gefährliche Stoffe enthalten
20 01 28	Farben, Druckfarben, Klebstoffe und Kunstharze mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 27* fallen
20 01 31*	zytotoxische und zytostatische Arzneimittel
20 01 32	Arzneimittel mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 31* fallen
20 01 33*	Batterien und Akkumulatoren, die unter 16 06 01, 16 06 02 oder 16 06 03 fallen, sowie gemischte Batterien und Akkumulatoren, die solche Batterien enthalten
20 01 34	Batterien und Akkumulatoren mit Ausnahme derjenigen, die unter 20 01 33 fallen
20 01 40	Metalle

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Rhede -Abfallentsorgungssatzung- wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die nach § 15 Abs. 3 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes erforderliche Zustimmung ist vom Landrat des Kreises Borken als untere staatliche Verwaltungsbehörde am 21. Dezember 2009 erteilt worden.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Rhede, den 21. Dezember 2009

Lothar Mittag
Bürgermeister

Bekanntmachung

Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung der Stadt Rhede - ABFALLENTSORGUNGSGEBÜHRENSATZUNG - vom 21. Dezember 2009

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW 1994 S. 666/SGV NRW 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 2008 (GV NRW S. 514/SGV NRW 2023), der §§ 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV NRW 1969 S. 712/SGV NRW 610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09. Oktober 2007 (GV NRW S. 380/392), des § 9 Abs. 2 des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LAbfG) vom 21. Juni 1988 (GV NW S. 250/SGV NW 74), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Mai 2008 (GV NRW S. 460), und des § 18 der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Rhede vom 21. Dezember 2009 hat der Rat der Stadt Rhede in seiner Sitzung am 16. Dezember 2009 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Abfallentsorgungsgebühren

- (1) Für die Inanspruchnahme der öffentlichen Abfallentsorgung und sonstiger abfallwirtschaftlicher Maßnahmen erhebt die Stadt Rhede zur Deckung der Kosten nach § 6 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen Benutzungsgebühren.
- (2) Gebührenpflichtig sind die Eigentümer, Wohnungs- und Teileigentümer, Erbbauberechtigten oder Nießbraucher der an der Abfallentsorgung angeschlossenen Grundstücke. Mehrere Eigentümer haften als Gesamtschuldner.
- (3) Die Gebührenpflicht entsteht mit dem Ersten des auf den Anschluss folgenden Monats. Sie endet mit Ablauf des Monats, in dem das Abfallgefäß abgemeldet und eingezogen wird.

§ 2 Gebührenmaßstab und Gebührensatz

(1) Die Höhe der Benutzungsgebühren richtet sich nach Art, Anzahl, Größe und Abfuhrhäufigkeit der Abfallgefäße.

(2) Die Abfallentsorgungsgebühr beträgt jährlich

a) bei zweiwöchentlicher Entleerung der Systemgefäße für Restabfall

60-l-Restabfallgefäß	102,01 €
90-l-Restabfallgefäß	121,02 €
120-l-Restabfallgefäß	141,89 €
240-l-Restabfallgefäß	225,35 €

b) 1.100-l-Restabfallcontainer

1.100-l-Restabfallcontainer bei wöchentlicher Leerung	1.736,80 €
1.100-l-Restabfallcontainer bei vierzehntäglicher Leerung	982,53 €
1.100-l-Restabfallcontainer bei vierwöchentlicher Leerung	566,66 €

c) bei zweiwöchentlicher Entleerung der Systemgefäße für Bioabfall

60-l-Bioabfallgefäß	51,78 €
90-l-Bioabfallgefäß	61,94 €
120-l-Bioabfallgefäß	73,94 €
240-l-Bioabfallgefäß	121,91 €.

d) Abfallsack

Restabfallsack	6,50 €
Bioabfallsack	4,50 €

Die monatliche Abfallentsorgungsgebühr zu den Buchstaben a) bis c) beträgt ein Zwölftel der jährlichen Gebühr.

(3) In der Abfallentsorgungsgebühr sind auch die Kosten für die leihweise Überlassung der Gefäße enthalten. Im Übrigen sind in der lfd. Benutzungsgebühr auch die Kosten für die Sperrgutabfuhr, die Altpapierentsorgung sowie für sonstige abfallwirtschaftliche Maßnahmen enthalten.

- (4) Für die Änderung der Systemgefäßgröße bzw. des Gefäßbestandes auf dem Grundstück wird eine einmalige Gebühr in Höhe von 20 € erhoben. Eine Änderung im Kalenderjahr ist gebührenfrei.

§ 3

Festsetzung und Fälligkeit

- (1) Die nach § 2 zu entrichtende Gebühr wird von der Stadt Rhede durch Gebührenbescheid, der mit dem Bescheid über andere Gemeindeabgaben verbunden sein kann, festgesetzt.
- (2) Die Benutzungsgebühren nach Abs. 1 sind in vierteljährlichen Raten zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November jeden Jahres fällig.
Sie sind an die Stadtkasse Rhede zu zahlen. Gibt der Gebührenbescheid andere 4 Fälligkeitstermine an, so gelten diese. Die Umtauschgebühr nach § 2 Abs. 4 ist innerhalb eines Monats zu entrichten.

§ 4

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2010 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung der Stadt Rhede vom 20. Dezember 2002 in der Fassung der 4. Änderungssatzung vom 18. Dezember 2008 außer Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Gebührensatzung zur Abfallentsorgung in der Stadt Rhede -Abfallentsorgungsgebührensatzung- wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,

- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Rhede, den 21. Dezember 2009

Lothar Mittag
Bürgermeister



**STADT
RHEDE**

*Das Lächeln
im Münsterland.*

*Wir wünschen
allen Rheder Bürgerinnen und
Bürgern auf diesem Weg
eine gesegnete Weihnacht
und ein glückliches und gesundes
Neues Jahr 2010.*

*Der Bürgermeister
und die Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter
Ihrer Stadtverwaltung*

